

# Vorwort

*Jutta Emig*

Die Idee für den vorliegenden Sammelband entstand im Rahmen des UF-OPLAN-Vorhabens „Expertenworkshop zum Thema Soziale Innovationen im gesellschaftlichen Transformationsprozess“. Bei dem Workshop ging es um die Frage, welche Rolle soziale Innovationen im anstehenden gesellschaftlichen Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Entwicklung spielen und welche wissenschaftlichen Ansätze oder Ergebnisse es dazu bereits gibt.

Die Frage nach der Bedeutung sozialer Innovationen ist für die Umweltpolitik wichtig: Es wird immer deutlicher, dass technologischer Fortschritt allein nicht ausreichen wird, um den globalen Herausforderungen, wie Klimawandel, knappen Ressourcen, schwindender biologischer Vielfalt oder auch weltweiter Armut, zu begegnen und den global wie national anstehenden gesellschaftlichen Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Entwicklung erfolgreich zu gestalten.

Dies zeigt sich in den öffentlichen Diskussionen über die Umsetzung des Energiekonzepts, aber auch in der Auseinandersetzung mit der Frage des nachhaltigen Umgangs mit anderen Ressourcen. Allein mit technologischen Lösungsansätzen, wie Einsparungen beim Ressourcenverbrauch, werden die notwendigen und politisch vereinbarten Ziele nicht erreicht werden. Ein großes Problem rein technologischer Lösungsansätze besteht darin, dass sie möglicherweise gar nicht ausreichen, wenn der Konsumbedarf in der Weltbevölkerung weiterhin wächst und die Effizienzeinsparungen durch den sogenannten Reboundeffekt aufgehoben werden.

Deshalb brauchen wir eine gesellschaftliche Transformation, die auch mit einer Änderung menschlichen Verhaltens einhergeht. Neben den technologischen Problemlösungsansätzen sind eine nachhaltige und eine an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie orientierte Gesellschaftspolitik verlangt. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland hat vier grundlegende Koordinaten der

Nachhaltigkeit festgelegt, nämlich Lebensqualität, Generationengerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und internationale Verantwortung.

Diese Herausforderung einer nachhaltigkeitsorientierten Gesellschaftspolitik steht auch im Fokus des zuletzt veröffentlichten Umweltberichts der Bundesregierung, der im Jahr 2010 vom Kabinett verabschiedet wurde. Er trägt den Titel „Umweltpolitik ist Zukunftspolitik“, um zu verdeutlichen, dass in Wirtschaft und Gesellschaft ein Transformationsprozess angestoßen werden muss, der einen umfassenden und langfristig angelegten Wandel einzuleiten vermag.

Die Herausforderungen des Transformationsprozesses und der umfassenden Erneuerung legen die Frage nahe, welche Rolle dabei soziale Innovationen spielen können. Eine besonders wichtige Rolle kommt dabei aus umweltpolitischer Sicht dem Konzept der „Ökologischen Gerechtigkeit“ zu, denn es finden sich zahlreiche und vielfältige Beispiele dafür, dass Umweltpolitik soziale Innovationen hervorzubringen vermag und gleichzeitig viele Anknüpfungspunkte für präventive Sozialpolitik bietet: So sind zum Beispiel Nutzen statt Besitzen, Sanierung von Altbauten und Stadtkernen anstatt Förderung der Zersiedelung, Gemeinschaftswohnformen und Verkehr im Umweltverbund (Fuß, Rad und ÖPNV) umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Forderungen und Programme, die gleichzeitig soziale Innovation darstellen und eine ganz konkrete sozialpolitische Bedeutung haben.

Der Klimawandel und andere Umweltprobleme treffen schon heute ärmere Menschen mehr als soziale Milieus mit hohem Einkommen und Vermögen. Solche sozialen Schieflagen können sich in Zukunft noch verstärken, wenn Umweltpolitik nicht entgegensteuert. Insofern hat Umweltpolitik auch wichtige Vorsorgefunktionen, die auch für die nachfolgenden Generationen von großer Bedeutung sind: Kinder aus benachteiligten Haushalten leben beispielsweise oft in Stadtteilen oder Regionen, in denen naturnahe Freiflächen fehlen, in denen die Lebensräume durch viel befahrene Straßen zerschnitten sind und sich die Kinder nicht frei bewegen können. Die Natur vor der Haustür stellt kostenlose Lern- und Entwicklungschancen zur Verfügung, denn Bewegung und motorische Entwicklung sind eine der wesentlichen Voraussetzungen für kognitive Entwicklung. Fehlen Natur und Bewegungsmöglichkeiten im eigenen Stadtquartier, werden diese Lern- und Entwicklungschancen den ohnehin benachteiligten Kindern vorenthalten. Dieses Beispiel zeigt, dass wir eine Diskussion über die Zusammenhänge von Umwelt- und Sozialpolitik brauchen, in der die existierenden Konfliktlinien über Kosten- und Nutzenverteilung von Umweltschutz und Umweltproblemen bearbeitet werden, aber gleichermaßen auch die Synergiepotenziale zwischen Umwelt- und Sozialpolitik sichtbar und bekannt gemacht werden. Schon heute belegen zahlreiche und vielfältige Beispiele,

welche Chancen darin liegen, Umwelt und Soziales zusammen zu denken. Diese Beispiele müssen sichtbar gemacht und es muss bekannt werden, dass die Synergieeffekte zwischen Umwelt- und Sozialpolitik zukünftig von Politik und Gesellschaft besser genutzt werden müssen. Dabei geht es:

- um die Verringerung von Armutsrisiken durch eine fortschrittliche Umweltpolitik (zum Beispiel Vorbeugung gegen Krankheit/Arbeitslosigkeit durch Senkung umweltbedingter Gesundheitsschäden, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Umweltschutz, Vermeidung von Vermögensverlusten durch einen vorsorgenden Hochwasserschutz) sowie darum,
- einen breiteren Fokus bei der Beschäftigung mit sozialen Fragen zu finden. Bisher sind soziale Fragen in erster Linie mit dem Thema Armut verknüpft. Das verstellt den Blick darauf, dass es in allen Milieus Entwicklungsbedarf gibt, beispielsweise in den Milieus der oft ökologisch durchaus aufgeklärten und interessierten sozialen Aufsteiger. Sie werden ihren hohen Ansprüchen an die ökologische und globale Verantwortung im konkreten Verhalten heute oft noch nicht gerecht und haben in der Regel einen überproportional höheren Umweltverbrauch als andere Milieus. Das wirft wichtige gesellschaftspolitische Fragen auf, denn vielleicht können diese Milieus ihren Ansprüchen auch (noch) gar nicht gerecht werden, weil die Wege dorthin erst noch, zum Beispiel als soziale Innovationen, entwickelt werden müssen.
- und schließlich um die Förderung und Gewährleistung von Teilhabeberechtigung, die ein wesentlicher Bestandteil der ökologischen Gerechtigkeit ist – es geht also darum, mehr Mitwirkungs- und Mitgestaltungschancen für die Beteiligten/Betroffenen zu schaffen.

Wir stehen heute vor Entscheidungen, die alle Menschen betreffen und die irreversible Konsequenzen für die Zukunft bedeuten können. Wenn wir uns gegen einen nachhaltigen Lebensstil entscheiden, werden unsere Kinder und Kindeskiner die Folgen tragen müssen. Oftmals wird bereits in den Städten und Gemeinden, also dort, wo die Menschen wohnen, wirtschaften, arbeiten, lernen und ihre Freizeit verbringen, bereits ausprobiert und gelebt, wie man diesen Herausforderungen der Zukunft begegnen kann.

Das enorme Innovationspotenzial der Kommunen zeigt sich auch in der Studie „Rio+20 vor Ort“, die BMU und DBU gemeinsam fördern. Sie soll die sozialen Innovationen, die lokales Nachhaltigkeitsengagement hervorbringt, sichtbar machen. Ziel ist es, die Entscheidungsträger auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene auf die ungenutzten Potenziale hinzuweisen und Handlungsempfehlungen zur Nutzung dieser Potenziale zu erarbeiten. Die Beispiele aus der Studie und dem Netzwerkkongress zeigen, dass bereits an vielen Orten

in Deutschland Umweltpolitik mit Bildung, Integration, Armutsbekämpfung und Konfliktbewältigung verbunden wird.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Umwelt- und Sozialpolitik auf kommunaler Ebene sind die Energiesparprojekte der Caritas, die unter dem Titel „Stromspar-Check“ bekannt geworden sind. In diesem Projekt wurden benachteiligte Haushalte zum Thema Energieeffizienz beraten und erhielten ein kostenloses „Stromsparpaket“, mit dem sie recht schnell spürbare Ersparnisse erzielen konnten. Die Beratung vor Ort wurde von zu Energiesparberatern ausgebildeten Langzeitarbeitslosen durchgeführt. Andere solche Beispiele mit erstaunlichen Effekten findet man bei der Arbeit von Umweltverbänden mit Migrantinnen und Migranten oder im Umweltbildungsbereich mit benachteiligten Schülerinnen und Schülern.

Dies zeigt, dass die Schwierigkeiten bei der Realisierung von Synergien zwischen den Politikfeldern sich verringern könnten, wenn die sozialen Innovationen, die sich bereits vielerorts entwickeln, gestärkt, vernetzt, verbreitet und als Problemlösungsmöglichkeiten genutzt werden. Wenn dieses Potenzial der sozialen Innovationen zur Verfügung steht, könnte das einen großen Fortschritt für die Umweltpolitik bedeuten.

Soziale Innovationen spielen im Übrigen auch in Programmen und Strategien anderer Ressorts eine zunehmend größere Rolle. So wird beispielsweise in der nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung die Förderung des Sozialunternehmertums als wichtige Chance bei der sozialen Erneuerung hervorgehoben. Damit verknüpft sich die Hoffnung, dass die Effizienz und Effektivität von sozialpolitischen Maßnahmen erheblich erhöht werden könnten, wenn diese durch engagierte Menschen vor Ort und in direkter Kooperation mit Betroffenen durchgeführt werden. Dazu ist mittlerweile ein gut ausgestattetes Förderprogramm verabschiedet worden, mit dem Initiativen in diesem Bereich eine finanzielle Basis finden können.

Auch im Umweltbereich zeigt sich immer mehr, dass konkrete Initiativen und Aktionen vor Ort – ob als Lokale Agenda 21 oder als Klimaschutzinitiative – die größten Wirkungen erzielen und es verstehen, die Menschen am ehesten zur Teilhabe und Mitwirkung zu bewegen. Umweltengagement wird in der Regel im Rahmen von Umweltverbänden ausgeübt, die damit eine wichtige Aufgabe für das Funktionieren der Zivilgesellschaft erfüllen. Daher fördern BMU und UBA das zivilgesellschaftliche Engagement im Umweltschutz und initiieren Projekte, welche die Arbeit der Umweltverbände im Bereich des Empowerments für das Umweltengagement von Bürgerinnen und Bürger unterstützen. BMU und UBA unterstützen seit vielen Jahren Projekte von Umwelt- und Naturschutzverbänden sowohl finanziell als auch durch gezielte Studien und

Vorhaben zur Stärkung der Verbände. Denn es gibt eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem potenziellen und dem heute tatsächlich realisierten bürgerschaftlichen Engagement im Umweltschutz. Nur 9 Prozent der Befragten sind nach eigener Auskunft in ehrenamtlichen Tätigkeiten oder in einzelnen Projekten und Aktivitäten engagiert, aber 35 Prozent bekunden daran ein generelles Interesse (BMU/UBA 2010)<sup>1</sup>.

Dem Empowerment dient auch der seit 2007 jährlich stattfindende bundesweite Netzwerk21Kongress, der nicht nur einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch der Akteure ermöglicht, sondern vor allem auch der Motivationsbestärkung und der weiteren Professionalisierung dient.

Bei der Ermöglichung von Teilhabe an der Gesellschaft, dem Empowerment für Umwelt- und Nachhaltigkeitsengagement und zur Stärkung der Zukunftsverantwortung braucht es vor allem Mut zum Experiment. Dies wird auch in der Mitteilung der EU-Kommission an den Rat der Europäischen Union – KOM(2010)758 – vom 17.12.10 zum Thema: „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt“ verlangt. Als Kern des Programms wird die „Entwicklung eines evidenzbasierten Ansatzes für soziale Innovationen und Reformen“ (17 ff.) benannt. Es sollen „soziale Erprobungen“ beziehungsweise „soziale Experimente“ angestoßen werden in Bereichen, wie Reintegration von Langzeitarbeitslosen, frühkindliche Förderung, Technologien für ein selbstbestimmtes Leben und aktiver Ruhestand. Diese sollen dann evaluiert und – falls sie sich als verallgemeinerbar herausstellen – möglichst breit kommuniziert werden.

Das umweltpolitische Interesse an dem Thema sozialer Innovationen verlangt aber auch nach Klärungen, damit daraus politische Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können. Dabei ergeben sich zurzeit auch noch grundsätzliche Fragen: Beispielweise, was den Namen Innovation verdient in Abgrenzung zu Modeströmungen. Sind in dem Begriff Innovation bereits die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit enthalten?

Im Moment werden große Hoffnungen auf das Innovationsthema im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft gesetzt. Und gerade deshalb, weil dadurch so hohe Ansprüche an das Thema gestellt sind, wird ein klareres Bild von dem benötigt, was sich hinter den Begriffen Nachhaltigkeit und Innovation verbirgt.

---

1 BMU/UBA (2010): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen und verschiedenen theoretischen Hintergründen diskutieren diese Fragen in diesem Band und stoßen damit hoffentlich viele neue Initiativen und Aktivitäten an, damit die Fragen rund um soziale Innovationen und Nachhaltigkeit nicht nur theoretisch geklärt werden. In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Der Herausgeberin des Bandes von ISInova, Frau Dr. Jana Rückert-John, danke ich sehr herzlich für ihren kompetenten Einsatz in den Fragen rund um soziale Innovationen und Nachhaltigkeit und vor allem für die neuen Wege, die sich daraus bereits ergeben haben.



<http://www.springer.com/978-3-531-18182-0>

Soziale Innovation und Nachhaltigkeit

Perspektiven sozialen Wandels

Rückert-John, J. (Hrsg.)

2013, XII, 299 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-18182-0